Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5321**
17. Wahlperiode 01. 04. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 101. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 6. April 2011

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor (und wenn ja, welche), ob das im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) angegebene Einsparvolumen von 10 Mio. Euro für die Begrenzung des Elterngeldes nach Einkommenshöhe erreicht werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Bundesrechnungshofes an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 2011 zum BEEG, wonach die Festlegung der neuen oberen Einkommensgrenzen zu einem „nicht unerheblichen, nur schwer bezifferbaren Verwaltungsaufwand führen“ werde?

2. Abgeordnete **Caren Marks** (SPD)

Wie begründet es die Bundesregierung, dass der ursprünglich von ihr angekündigte Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit nicht in ihren Referentenentwurf aufgenommen wurde, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um den Anteil der pflegenden männlichen Personen in der Familienpflege zu erhöhen, in Anbetracht der Tatsache, dass in der aktuellen „COMPASS-Befragung“ („Befragung zur Pflegezeit nach Pflegezeitgesetz und zur geplanten Familienpflegezeit“ vom 21. März 2011) nur 11 Prozent der männlich befragten Personen angaben, von der neuen Regelung Gebrauch machen zu wollen (bitte einzeln darstellen und begründen)?

3. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Unterstützt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder, die Forderung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans, vom 9. Februar 2011 Geldspielautomaten in Gaststätten, Einkaufszentren und Tankstellen zu verbieten, vor dem Hintergrund, dass diese für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind und die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen oftmals nicht ausreichend kontrolliert werden?

4. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung bei der Konzipierung einer eigenständigen Jugendpolitik im Hinblick auf benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene, und welche Maßnahmen schlägt sie in diesem Zusammenhang vor, um benachteiligte Jugendliche besser zu fördern?

5. Abgeordnete **Dagmar Ziegler** (SPD)

Inwieweit soll die laufende Evaluation des Kinder- und Jugendplans Auswirkungen auf den Einzelplan 17 ab 2012 haben, und welche Veränderungen sind im Kinder- und Jugendplan ab 2012 geplant?

6. Abgeordnete **Dagmar Ziegler** (SPD)

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung bei der Konzipierung einer eigenständigen Jugendpolitik, und welche Maßnahmen schlägt sie vor, um eine eigenständige Jugendpolitik auf Bundesebene ressortübergreifend zu stärken?

7. Abgeordneter **Sönke Rix** (SPD)

Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Kabinettsbeschlusses zu den Eckwerten des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2012 und zum Finanzplan bis 2015 an der auf der Homepage des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ getroffenen Aussage fest, dass für die beiden bisherigen Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ bis 2013 jährlich 24 Mio. Euro an Bundesmitteln zur Verfügung stehen?

8. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

In welcher Art hat die Bundesregierung ihre Förderrichtlinien im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ hinsichtlich der Anforderungen an die Zuwendungsempfänger, die Abstimmung ihrer Öffentlichkeitsarbeit mit den Landeskoordinierungsstellen betreffend, im Vergleich zu den Vorgängerprogrammen verändert?

9. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

Gibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ den jeweiligen Landeskoordinierungsstellen vor, dass diese die Zuwendungsempfänger im Zuwendungsbescheid dazu verpflichten, ihre Pressemitteilungen den jeweiligen Landeskoordinierungsstellen zur Abstimmung vorzulegen?

10. Abgeordnete **Petra Crone** (SPD)

Inwiefern und durch welche besonderen Maßnahmen plant die Bundesregierung, auch nach den neuen Regelungen der Mitfinanzierung von 10 000 Euro pro Jahr durch die Kommunen die Mehrgenerationenhäuser insbesondere in finanzschwachen Kommunen nicht zu benachteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

11. Abgeordnete **Petra Crone** (SPD)

Zu welchen Ergebnissen kommt die Bund-Länder-Kommission zur Erarbeitung der Pflegeausbildungsreform, und wann werden diese veröffentlicht?

12. Abgeordnete **Hilde Mattheis** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine grundlegende Novellierung des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG) nach der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1999 notwendig ist?

13. Abgeordnete **Hilde Mattheis** (SPD)

Plant die Bundesregierung eine Überarbeitung des PsychThG, um die dort geregelten Zugangsvoraussetzungen zur Psychotherapeutenausbildung den neuen Studienabschlüssen Bachelor und Master anzupassen?

14. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus jüngst öffentlich geäußerten Forderungen nach einer Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um bis zu 0,5 Prozentpunkte, mit der unter anderem Leistungsverbesserungen, eine bessere Entlohnung von Pflegekräften und der Aufbau eines kollektiven Kapitalstocks refinanziert werden sollen (vgl. DIE WELT vom 30. März 2011, „Pflegeversicherung wird deutlich teurer“)?

15. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist vor diesem Hintergrund die Aussage seitens der Bundesregierung, dass die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung nicht zur Diskussion stehe und man lediglich über den Leistungsumfang spreche (vgl. FAZ vom 31. März 2011: „Neuer Streit um Pflegefinanzen“; DER TAGESSPIEGEL vom 31. März 2011: „Unionspolitiker: Pflege wird teurer“), so zu verstehen, dass Leistungsverbesserun-

gen nur dann umgesetzt werden, sofern dafür keine zusätzlichen Finanzmittel in der sozialen Pflegeversicherung bereitzustellen wären?

16. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gedenkt die Bundesregierung, den Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung zu erhöhen, wie jüngst öffentlich gefordert (vgl. DIE WELT vom 30. März 2011, „Pflegeversicherung wird deutlich teurer“), oder wird die Bundesregierung vielmehr der Forderung folgen, die umlagefinanzierte Pflegeversicherung sei durch eine Kapitaldeckung zu ergänzen, wie es in der Koalition zwischen CDU, CSU und FDP vereinbart sei, um eine Erhöhung des lohnbezogenen Beitrags zu vermeiden (vgl. Handelsblatt vom 31. März 2011: „Spekulationen über eine Erhöhung des Pflegebeitrags“)?

17. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gedenkt die Bundesregierung, die von der Koalition vereinbarte Kapitaldeckung allein über zusätzliche Beiträge der Versicherten zu finanzieren, oder wird die Bundesregierung öffentlich geäußerten Forderungen folgen, eine paritätische Erhöhung des lohnbezogenen Beitrags anzustreben (vgl. DIE WELT vom 30. März 2011, „Pflegeversicherung wird deutlich teurer“; Berliner Zeitung vom 31. März 2011: „Pflegebeitrag steigt kräftig an“)?

18. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung angesichts der derzeitigen Diskussionen zur Finanzierungsreform der sozialen Pflegeversicherung aus der öffentlich geäußerten Kritik, die Regierungskoalition habe bei ihrem Antreten mehr Netto vom Brutto zugesagt und dürfe keine gegenteiligen Beschlüsse fassen (vgl. Berliner Zeitung vom 31. März 2011), vor dem Hintergrund von öffentlich geäußerten Forderungen, eine Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung sei u. a. deswegen notwendig, um Leistungsverbesserungen zu finanzieren (vgl. DIE WELT vom 30. März 2011, „Pflegeversicherung wird deutlich teurer“)?

19. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung, das Leistungsspektrum der sozialen Pflegeversicherung zu reformieren, sofern nach öffentlichen Forderungen eine Reform so auszugestalten sei, dass es nicht zu Beitragserhöhungen komme und Leistungserhöhungen durch Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert werden müssten (vgl. Schweriner Volkszeitung

vom 31. März 2011: „Verwirrspiel um Pflegeversicherung“), und welche Einsparungen könnten dies sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

20. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einen internen Bericht zum aktuellen Zustand der Bundesfernstraßen als Vorlage für den Bundesminister erarbeitet, und wenn ja, was sind die zentralen Ergebnisse der Vorlage hinsichtlich des anhaltenden Substanzverlustes und des ansteigenden Finanzbedarfs für den Erhalt der Bundesfernstraßen?

21. Abgeordneter **Michael Groß** (SPD)

Wird der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, sicherstellen, dass die finanziellen Mittel, die bei einem Stopp des Gesamtpaketes S21 – beispielsweise für die Strecke Wendlingen–Ulm – frei werden, gezielt für andere erforderliche und erwünschte Großvorhaben an verkehrsrelevanten Knotenpunkten und Magistralen in dicht besiedelten Regionen wie den Rhein Ruhr Express oder die Betuwelinie eingesetzt werden?

22. Abgeordneter **Martin Burkert** (SPD)

Welche Bereiche werden bei der Novellierung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes betroffen sein, und welche Ziele verfolgt die Bundesregierung, gerade unter dem Aspekt der Liberalisierung des Eisenbahnmarktes, mit der Novellierung?

23. Abgeordneter **Martin Burkert** (SPD)

Welche Rolle wird der Recast des Ersten Eisenbahnpaketes bei der Novellierung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes spielen?

24. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Kann die Bundesregierung definitiv bestätigen, dass die Deutsche Bahn AG zum Fahrplanwechsel 2011/2012 ein lärmabhängiges Trassenpreissystem einführt, und welche rechtlichen Schritte sind dafür notwendig?

25.	Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)	Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes an Privatunternehmen vergebenen Nassbaggerarbeiten deutlich günstiger sind als die in Eigenarbeit geleisteten Nassbaggerarbeiten, und ist die Bundesregierung der Ansicht, dass sich durch die Vergabe an Private in diesem Arbeitssegment ein Markt mit verschiedenen, konkurrierenden Anbietern etabliert hat?
26.	Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welches Ressort hat welche Beratungsfirma für 17 200 Euro beauftragt, eine Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages zu protokollieren (vgl. Artikel „Rechnungshof moniert Vergabepraxis“ der Bundesministerien in FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 31. März 2011, der sich auf einen Bericht des Bundesrechnungshofes bezieht)?
27.	Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	In welcher Verkehrsausschusssitzung wurde zu welchem Thema im Auftrag der Bundesregierung protokolliert?
28.	Abgeordnete **Kirsten Lühmann** (SPD)	Wie viele Mittel stehen für das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm voraussichtlich im Ansatz für den Bundeshaushalt für das Jahr 2012 zur Verfügung (bitte aufgeschlüsselt für den Einzelplan 12 und den Klimaschutzfonds)?
29.	Abgeordneter **Alexander Süßmair** (DIE LINKE.)	Welche Verstöße gegen das Bundeskleingartengesetz im Rahmen der Nutzung von Kleingärten als so genannte Tafelgärten sind der Bundesregierung bekannt, und wie positioniert sich die Bundesregierung dazu?
30.	Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wie bewertet die Bundesregierung die Einigung der Fluglärmkommission zu den Flugrouten für den Airport Berlin Brandenburg International BBI, und inwieweit ist diese Einigung relevant für die endgültige Festlegung der Flugrouten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

31. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die finanziellen Forderungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Rahmen des „Aktionsprogramms Energieeffizienz und erneuerbare Energien“, die Haushaltsmittel für das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm der KfW Bankengruppe auf 2 Mrd. Euro und für den Energie- und Klimafonds auf 1 Mrd. Euro anzuheben (siehe Artikel: Bund legt Konzept zu schnellerem Ökostrom-Ausbau vor, Reuters, 18. März 2011), hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit, Hebelwirkung/Investitionsvolumina, geschaffener/erhaltener Arbeitsplätze, CO_2- und Energieeinsparpotentialen?

32. Abgeordnete **Kirsten Lühmann** (SPD)

Warum wird über das Kommunalprogramm zur „Förderung von Klimaschutzprojekten für die Bereiche Wirtschaft, Verbraucher und Bildung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)“ keine Gebäudesanierung gefördert, sondern lediglich Informations- und Vernetzungsprojekte?

33. Abgeordnete **Dorothee Menzner** (DIE LINKE.)

Welche zusätzliche Sicherheitsüberprüfung sieht die Bundesregierung für Forschungsreaktoren, atomare Zwischenlager und Landessammelstellen für radioaktive Abfälle im Rahmen des sogenannten dreimonatigen Moratoriums vor?

34. Abgeordnete **Dorothee Menzner** (DIE LINKE.)

In welchen Reaktoren sind gegenwärtig Mischoxid-Brennelemente im Einsatz, und in welchen Zwischenlagern werden MOX-Brennelemente gegenwärtig gelagert?

35. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Sachverständigen werden in den nächsten Wochen unter Federführung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH die als „Stresstest“ bezeichnete Prüfung der deutschen Atomkraftwerke durchführen (falls aus Datenschutzgründen nicht anders möglich, bitte zumindest die jeweilige Personenanzahl pro Sachverständigenorganisation angeben mit möglichst feiner Differenzierung letzterer – beispielsweise TÜV Nord, TÜV Süd, TÜV Rheinland usw. inklusive GRS),

und welche Aspekte bzw. Teile dieser Prüfung sollen nicht nur unterlagenbasiert, sondern durch tatsächliche Prüfarbeiten vor Ort in den Anlagen durchgeführt werden?

36. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welchem Verfahren – insbesondere durch wen und bis wann – soll aus der Liste von Überprüfungsthemen der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), die der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, am 31. März 2011 veröffentlicht hat, ein konkreter Anforderungskatalog im eigentlichen Wortsinn (also ein Katalog tatsächlicher, konkreter Anforderungen/Maßstäbe, anhand dessen beim sogenannten Stresstest der Atomkraftwerke überprüft werden kann, ob Anlage x Kriterium y erfüllt oder nicht) gemacht werden, und stimmt die Bundesregierung zu, dass es sich bei der Liste der RSK mit Stand 30. März 2011 noch nicht um einen Anforderungskatalog im eigentlichen Sinn handelt, sondern lediglich um eine stichpunktartige Auflistung von Themenbereichen, denen sich beim Stresstest gewidmet werden soll?

37. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass bei dem geplanten europäischen Stresstest auch Kriterien für die Untersuchung von Terrorszenarien wie dem gezielten Absturz von großen Passagierflugzeugen festgelegt werden?

38. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Erfolgsaussichten der Klage der RWE AG gegen die im Rahmen des Atommoratoriums angeordnete vorübergehende Stilllegung des Atomkraftwerks Biblis A, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um ein das Moratorium verletzendes Wiederanfahren von Biblis A in dem Zeitraum zu verhindern, in dem die Klage aufschiebende Wirkung entfaltet?

39. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie hoch werden voraussichtlich die Kosten für die Sicherheitsüberprüfungen der deutschen Atomkraftwerke während des Moratoriums sein, und wer trägt diese?

40. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit des Zwischenlagers Nord (ZLN) der bundeseigenen Energiewerke Nord (EWN) GmbH, das laut einem vom Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten nicht ausreichend geschützt ist („Parteien laufen Sturm gegen Lubmin-Pläne“, NDR 1 Radio MV, 30. März 2011), und welche sicherheitstechnischen Nachrüstungen sind für das ZLN ggf. beschlossen bzw. in Planung?

41. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Sicherheitseinrichtungen und Risikolagen (Schutz gegen Flugzeugabstürze, Hochwasser, Erdbeben etc., Notkühlsysteme, Lage der Abklingbecken und Brennelementlager etc.) der belgischen Atomreaktorblöcke Tihange 1 bis 3, die wenige Kilometer westlich der deutschen Grenze in Hauptwindrichtung der Städte Aachen, Köln, Mönchengladbach usw. betrieben werden, und welche Notfallpläne zum Schutz der Bevölkerung gibt es in Deutschland in der betroffenen Region im Falle eines Atomunfalls in Tihange?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

42. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele radioaktive Brennelementekugeln wurden insgesamt in der Arbeitgemeinschaft Versuchsreaktor Jülich während seiner gesamten Betriebszeit über die 288 161 Kugeln plus 124 Absorberkugeln, die derzeit in den 152 Castorbehältern in Jülich lagern (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 172 auf Bundestagsdrucksache 17/5016), hinaus noch eingesetzt, und wo lagern diese Kugeln heute (bitte exakte Zahlenangaben inklusive Kugelbruch)?

43. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Auf welche Größenordnung beziffert die Bundesregierung bei dem geplanten „Haus der Zukunft“ anlässlich der Kostenschätzungen von 11 bis 13 Mio. Euro pro Jahr die Gesamtkosten dieses Vorhabens auf die Vertragslänge bzw. über den gesamten Lebenszyklus, die erwartete, jährliche Besucherzahl im Hinblick auf die bislang in einer ersten Machbarkeitsstudie prognostizierte Zahl von 180 000 bis 200 000 Besuchern, die sich daraus ergebenden Ka-

pital- und Betriebskosten pro Besucher, und wo gibt es in den Bundesländern oder innerhalb der Europäischen Union in Sachen Wissenschaftskommunikation bereits – wie jetzt von der Bundesregierung am Berliner Kapellenufer vorgesehen – ein laut „Bericht über den Planungsstand" „zentrales und dauerhaftes Schaufenster" der „Präsentation" und der „Außendarstellung" unmittelbar neben dem Bundesministeriumssitz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

44. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Welche finanziellen Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. und vergleichbare Programme anderer deutscher Stiftungen, die auf eine Vernetzung und den Dialog unter hochrangigen Militärs in Drittstaaten abzielen, und welche westafrikanischen Militärs sind nach Kenntnis der Bundesregierung an diesen Dialogprogrammen beteiligt?*)

45. Abgeordneter **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung über die Inhalte des Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus, des Regionalprogramms Golf-Staaten, des Regionalprogramms Politischer Dialog Maghreb und des Regionalprogramms Politikdialog Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. bekannt, und welche Unterstützung erhalten diese Programme durch die Bundesregierung?**)

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

46. Abgeordnete **Marlene Rupprecht (Tuchenbach)** (SPD)

In welcher Höhe betreffen die Aufwendungen für Stiftungen im Einzelplan 04 den Geschäftsbereich des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien?

*) Siehe hierzu auch Frage 52.
**) Siehe hierzu auch Frage 47.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

47. Abgeordneter **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Welche „Verteidigungspolitiker aus Mali, Burkina Faso, Togo, Benin und der Elfenbeinküste“ waren an der Delegationsreise im Rahmen des Politischen Dialogs Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. im September 2009 beteiligt, bei der auch die Führungsakademie der Bundeswehr besucht wurde, und welche vergleichbaren Veranstaltungen im Rahmen des Politischen Dialogs Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. fanden bislang in Deutschland statt?*)

48. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Stand die Bundesregierung hinsichtlich des Konfliktes in Côte d’Ivoire in Kontakt mit der Konrad-Adenauer-Stifung e. V., und wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. ihre durch das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika gewonnenen Kontakte u. a. genutzt hat, um die Möglichkeiten eines Putsches in Côte d’Ivoire gegen Laurent Gbagbo, der sich selbst als Sieger der Präsidentschaftswahlen im November 2010 betrachtet und auch nach der ivorischen Verfassung vereidigt wurde, zu erörtern?**)

49. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die humanitäre Lage in Abidjan, und welche Gründe sind ihr dafür bekannt, dass nach Medienberichten in den vergangenen Tagen bis zu eine Million Menschen aus Abidjan geflohen sein sollen?

50. Abgeordneter **Niema Movassat** (DIE LINKE.)

Wie versteht die Bundesregierung den Vorschlag, der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. einer „militärischen Intervention“, die „aber nicht notwendigerweise fremde Soldaten auf ivorischem Territorium bedeuten müsste“ in Form der „Beeinflussung“ ivorischer Militärs „durch Militärkameraden der benachbarten Länder“, wofür „das von PDWA [Politischer Dialog Westafrika] der KAS [Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.] geschaffene Netzwerk der Generalstabsoffiziere westafrikanischer frankophoner Staaten eine gute Grundlage“ böte, und welche Position hat sie bzw. nimmt sie hierzu ein?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 45.
**) Siehe hierzu auch Frage 110.

51. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Gründe sprachen nach Einschätzung der Bundesregierung dafür, die mit der Gemeinsamen Aktion des Rates 2009/788/GASP verhängten Sanktionen gegen Mamadouba (alias Mamadou) Toto Camara, Sékouba Konaté, Kelitigui Faro und Kabinet Komara aufzuheben, obwohl diese weiterhin der Militätjunta unter Hauptmann Moussa Dadis Camara in Guinea, der an mehreren Bundeswehreinrichtungen ausgebildet wurde, bevor er den Putsch in Guinea anführte, angehörten, und hat die Bundesregierung in dieser Frage Kontakte mit dem Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika oder vergleichbaren Programmen deutscher Stiftungen aufgenommen?

52. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Welche Ziele verfolgen nach Auffassung der Bundesregierung die gegen Laurent Gbagbo und zahlreiche seiner mutmaßlichen Unterstützer verhängten Sanktionen, und wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzungen humanitärer Organisationen wie der ÄRZTE OHNE GRENZEN, dass diese Sanktionen das Wirtschaftsleben und das Gesundheitssystem in Côte d'Ivoire zum Zusammenbruch gebracht und damit die humanitäre Lage drastisch verschlechtert hätten?*)

53. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Welche Rolle hatten nach Kenntnis der Bundesregierung grenzüberschreitende Bekanntschaften und Netzwerke zwischen den Offizieren westafrikanischer Staaten bei den Bürgerkriegen, die in den vergangenen 20 Jahren in der Region stattfanden und häufig grenzüberschreitenden Charakter hatten, und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Schaffung eines „Netzwerks der Generalstabsoffiziere westafrikanischer frankophoner Staaten" durch die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.?

54. Abgeordnete **Katrin Werner** (DIE LINKE.)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über die in ivorischen Medien verbreiteten Meldungen, wonach die französischen Soldaten der Operation Licorne die Ouattara nahestehenden Kräfte der FRCI (Forces républicaines de Côte d'Ivoire) militärische Hilfe in Form von Waffen und logistischer

---

*) Siehe hierzu auch Frage 44.

Unterstützung leisten, und hält sie dieses Verhalten der französischen Regierung durch die UN-Resolution 1975 gedeckt?

55. Abgeordnete **Erika Steinbach** (CDU/CSU)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zu den sogenannten Rollkommandos der kubanischen Regierung, die für Straßenterror, Überfälle in den Wohnungen ihrer Opfer bis hin zu Entführungen verantwortlich sein sollen?

56. Abgeordnete **Erika Steinbach** (CDU/CSU)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zu den Opfern dieser „Rollkommandos“?

57. Abgeordnete **Ute Kumpf** (SPD)

In welcher Höhe betreffen die Aufwendungen für Stiftungen im Einzelplan 05 die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik?

58. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung trotz der evidenten Eilbedürftigkeit nicht zügiger national sowie in der EU veranlasst, dass – wie etwa die Schweiz binnen Stunden – Vermögen nordafrikanischer Potentaten schneller eingefroren wurden als real geschehen (beginnend erst über zwei Wochen nach Aufstandsbeginn gegen Muammar al-Gaddafi in Libyen; mehr als drei Wochen nach Rücktritt des marokkanischen Ex-Präsidenten Ben Ali; fünf Wochen nach Rücktritt des ägyptischen Ex-Präsidenten Hosni Mubarak; vgl. ARD-REPORT MAINZ, 31. März 2011), und wie viel des ursprünglich vorhandenen Vermögens konnten die genannten Despoten bzw. deren Helfer in Europa in der Zwischenzeit noch zum eigenen Nutzen dem Einfrieren entziehen?

59. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele der 50 Mio. Euro, die Deutschland für den Reintegrationsprozess von Taliban-Kämpfern in Afghanistan (Afghan Peace and Reintegration Plan) 2010 versprochen hatte, wurden ausgezahlt (bitte aufgeschlüsselt nach Empfänger, Projekt und Maßnahme), und in welcher Form überprüft die Bundesregierung ihren Beitrag zu diesem Reintegrationsprogramm?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

60. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Position vertritt die Bundesregierung im Europäischen Rat bezüglich der für Juni 2011 angestrebten Neufassung der FRONTEX-Verordnung (Ratsdok. 6898/10), und in welcher Form wird der Deutsche Bundestag in die Aushandlung dieser Neufassung einbezogen?

61. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ vom 31. März 2011, wonach laut einem EU-Kommissionspapier US-Behörden Daten europäischer Banken („SWIFT“ bzw. TFTP) ohne Anlass und auf Vorrat speichern, was unter anderem gegen Artikel 4 des SWIFT-Abkommens verstößt und laut „DER SPIEGEL“ auch von der EU-Kommission beanstandet wird, und wie kommt die Bundesregierung zu ihrer in der Antwort auf die Kleine Anfrage 17/5133 vorgetragenen Haltung, parlamentarische Kontrollrechte bezüglich des TFTP-Abkommens seien nicht eingeschränkt, obschon Fragen von Datenschutzbeauftragten immer noch nicht von der Bundesregierung beantwortet wurden sowie die Bundesregierung diese selbst zur Beantwortung an die EU-Kommission weiterleiten musste und ein monatelanger Selbstversuch des Europaabgeordneten Alexander Alvaro zeigte, dass deutsche Behörden nicht in der Lage sind, Auskunft zu geben, ob und welche Daten verarbeitet werden und ein TFTP-Datentausch zwischen US-Behörden und EUROPOL häufig auf „mündlichen Informationen“ beruht, über die also keine Vermerke angelegt werden und die dementsprechend nicht abfragbar sind?

62. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es für die Bundesregierung angesichts ihres verfassungsrechtlichen Schutzauftrages für die Grundrechte der Bundesbürger sowie angesichts der zahlreichen erheblichen, nunmehr offiziell belegten, kumulativ vorliegenden Verstöße gegen Bestimmungen des SWIFT-Abkommens (SPIEGEL ONLINE vom 31. März 2011) wie z. B. die mangelnde inhaltliche Eingrenzung der Anfragen seitens der USA, die mangelnde Schriftlichkeit der Anfragen, die fehlende Dokumentation der Zugriffe durch die USA, die fehlende Möglichkeit der Prüfung des Nutzens der Datenübermittlungen, die anhaltende, zumindest teilweise Erstreckung auch auf innereuropäische Finanztransaktionsdaten, aber auch das Leerlaufen des Auskunftsanspruches (SPIEGEL ONLINE vom 16. März 2011) eine Grenze der Zuläs-

sigkeit des weiteren Festhaltens am SWIFT-Abkommen, und nach welchen Kriterien bemisst sich aus Sicht der Bundesregierung diese Grenze?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

63. Abgeordneter **Willi Brase** (SPD)

Wie viele Bundesmittel entfallen auf die unterschiedlichen Stiftungsformen (bitte Auflistung, getrennt nach vom Bund allein geförderten Stiftungen, auf gemeinsame Stiftungen des Bundes und der Länder sowie auf Stiftungen der Bundesländer)?

64. Abgeordneter **Willi Brase** (SPD)

Durch welche konkreten Maßnahmen sorgt die Bundesregierung dafür, dass – in Umsetzung der gesetzlichen Regelungen und politischen Selbstverpflichtungen – die aus Mitteln des Bundeshaushalts finanzierte Förderung von Stiftungen gleichermaßen Frauen und Männern zugute kommt (bitte Aufschlüsselung nach Ressorts)?

65. Abgeordnete **Christel Humme** (SPD)

Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung hinsichtlich einer angemessenen Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien von Stiftungen, in denen über die Vergabe von Stiftungsmitteln entschieden wird?

66. Abgeordnete **Christel Humme** (SPD)

Inwiefern werden die Ergebnisse der Förderung von Stiftungen im Hinblick auf eine geschlechtergerechte Teilhabe von Frauen und Männern evaluiert (bitte mit Begründung)?

67. Abgeordnete **Marlene Rupprecht (Tuchenbach)** (SPD)

Wie hoch ist der Anteil der finanziellen Aufwendungen für Stiftungen 2011 insgesamt und bezogen auf die jeweiligen Einzelpläne (bitte Aufschlüsselung nach Ressorts)?

68. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Wie hoch ist die Summe der Gelder, die der Bund in den Haushaltsjahren 2008, 2009 und 2010 privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Stiftungen zukommen ließ (bitte Aufgliederung nach Ressorts und Stiftungsrechtsform)?

69. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Für welche konkreten Zwecke und Aufgaben wurden in den Haushaltsjahren 2008, 2009 und 2010 finanzielle Mittel für Stiftungen zur Verfügung gestellt (bitte Auflistung entsprechend den einzelnen Ressorts)?

70. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Welche finanziellen Aufwendungen für Stiftungen sind für das laufende Haushaltsjahr 2011 vorgesehen (bitte Auflistung nach Einzelplänen)?

71. Abgeordneter **René Röspel** (SPD)

Für welche konkreten Vorhaben sind Aufwendungen für Stiftungen für das laufende Haushaltsjahr 2011 eingestellt (bitte Auflistung nach Einzelplänen)?

72. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu einer Verlängerung der bis 31. Dezember 2011 befristeten Reduzierung der Umsatzsteuer für die Fahrgastschifffahrt?

73. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Welche Steuersätze bringen die europäischen Nachbarländer für die Fahrgastschifffahrt in Ansatz, und welche Gespräche führte die Bundesregierung mit dem Ziel einer Harmonisierung der Besteuerung der Fahrgastschifffahrt in Europa?

74. Abgeordneter **Sönke Rix** (SPD)

Welchen Zeitplan sieht die Bundesregierung für die gesetzliche Regelung der Kindergeldfrage beim Bundesfreiwilligendienst vor, so dass Eltern von Freiwilligen unter 25 Jahren im Bundesfreiwilligendienst genau wie die der Freiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr einen Anspruch auf Kindergeld haben, und welche finanziellen Konsequenzen für die Bundesfreiwilligen werden nach Plänen der Bundesregierung mit dieser vorgesehenen Regelung einhergehen?

75. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich nach Schätzungen der Bundesregierung infolge der Ausweitung des Anwendungsbereichs der körperschaftsteuerlichen Organschaft gemäß Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 28. März 2011, und wird die Ausweitung des Anwendungsbereichs auch gesetzlich geregelt werden?

76. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Stimmt die Mitteilung des Bundes der Steuerzahler, wonach in Kürze mit der Veröffentlichung eines Verwaltungsschreibens zur sog. 0,03-Prozent-Regelung durch das BMF zu rechnen sei, und wird das BMF in diesem die bereits mehrfach bestätigte Rechtsprechung (vgl. z. B. Bundesfinanzhof, Urteile vom 22. September 2010 – VI R 54/09, VI R 55/09 und VI R 57/09) für allgemeingültig erklären, wonach der geldwerte Vorteil für die Nutzung eines Dienstwagens für die Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte einen Korrekturposten zum Werbungskostenabzug darstellt und daher nur insoweit zur Anwendung kommen kann, wie der Arbeitnehmer den Dienstwagen auch tatsächlich für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte genutzt hat, so dass die Schreiben vom 23. Oktober 2008, BStBl I S. 961 und vom 12. März 2009, BStBl I S. 500 nicht mehr anzuwenden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

77. Abgeordnete **Ute Kumpf** (SPD)

In welcher Höhe betreffen die Aufwendungen für Stiftungen im Einzelplan 09 den Bereich der Kreativwirtschaft?

78. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung – wie in ihrem Energiekonzept beschlossen – ein KfW-Sonderprogramm zur Absicherung der Finanzierung von Windparkprojekten, -schiffen und -infrastrukturen umsetzen, und welche Fördermöglichkeiten und -konditionen wird es geben?

79. Abgeordneter **Garrelt Duin** (SPD)

Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, dass die Stellung von Anträgen auf Bürgschaften für geplante Windparkprojekte erfolgen wird bzw. erfolgt ist, geplant ist oder vorbereitet wird, und wenn ja, welche Entscheidungen der Bundesregierung sind getroffen bzw. in Aussicht gestellt?

80. Abgeordneter **Sebastian Edathy** (SPD)

Hat sich der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, am 24. März 2011 im Deutschen Bundestag wahrheitsgemäß geäußert, als er ausführte, es seien in einem Gesprächsprotokoll über eine Zusammenkunft mit Vertretern des Bundesverbandes der deutschen Industrie e. V. „meine Ausführungen falsch wiedergegeben worden“?

81. Abgeordneter **Sebastian Edathy** (SPD)

Was an dem folgenden Protokollauszug des Bundesverbandes der deutschen Industrie e. V. (Quelle: Süddeutsche Zeitung) ist unrichtig, bzw. wie hat sich der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie stattdessen in der Zusammenkunft geäußert, „Herr Dr. Keitel machte darauf aufmerksam, dass derzeit eine Meldung über die Ticker laufe, wonach die Bundesregierung am Nachmittag ein Moratorium der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke bekannt geben wolle. Der Minister bestätigte dies und wies erläuternd darauf hin, dass angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen Druck auf der Politik laste und die Entscheidungen daher nicht immer rational seien“?

82. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche unabhängigen Schätzungen (Studien und Vergleichbares) liegen der Bundesregierung vor, die Auskunft darüber geben, wie hoch die Stilllegungs- und Entsorgungsrückstellungen für Atomanlagen sein müssten, um die zu erwartenden Kosten abdecken zu können, und für den Fall, dass der Bundesregierung keine solche unabhängigen Schätzungen vorliegen, wie will die Bundesregierung prüfen, ob die Betreiber von Atomanlagen ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen, ausreichend Rückstellungen vorzuhalten?

83. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind Medienberichte zutreffend (vgl. Süddeutsche Zeitung: „Umstrittener Deal“; FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND: „Deutschland hilft Indien bei Iran-Deals“, jeweils vom 29. März 2011), nach denen Ölgeschäfte zwischen Iran und Indien über die Deutsche Bundesbank erst nach Prüfung,

Billigung und Entscheidung vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Auswärtigen Amt zustande gekommen sind und die Deutsche Bundesbank somit als „ausführendes Organ“ dieser Entscheidung betrachtet werden kann, und wenn ja, wie verträgt sich dies mit einer Aussage des Auswärtigen Amts, dass die Deutsche Bundesbank letztendlich die Genehmigungsbehörde sei?

84. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen konkreten Maßnahmen und Prüfungen hat die Bundesregierung sichergestellt, dass Mittel, die dem Iran aus Ölgeschäften mit Indien zufließen und die über die Deutsche Bundesbank abgewickelt werden, nicht für das umstrittene iranische Atomprogramm genutzt werden (vgl. DIE WELT, „Deutschland hilft Indien bei Iran-Geschäften“, 29. März 2011)?

85. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Auf welcher Grundlage sind seitens der EU – laut den Angaben des EU-Energiekommissars Günther Oettinger – bereits Finanzmittel in dreistelliger Millionenhöhe an das Land Brandenburg zur Erprobung der Carbon-Capture-and-Storage-Technologie geflossen, und in welchem Umfang sind diese Mittel an Unternehmen oder andere Aufgabenträger weitergereicht worden (vgl. u. a. Vorabmeldung der „Märkischen Oderzeitung“ vom 28. März 2011)?

86. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Bundesregierung die Einrichtung eines Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen, und welche Funktionen soll der oder die Beauftragte übernehmen (vgl. Drahtbericht BRUEEU 1182: 3074 vom WBF-Rat am 10. März 2011)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

87. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung davon überzeugt, dass es erforderlich ist, an der Vorrangprüfung bei der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte festzuhalten, und auf welchen Daten beruht diese Einschätzung vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Praxis der qualifizierten Zuwanderung in die deutsche Wirtschaft“

– Bundestagsdrucksache 17/4444 – zugeben musste, dass sie über keinerlei statistische Daten zur Vorrangprüfung verfügt?

88. Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung – etwa gemeinsam mit den Vertretungen der EU-Beitrittsstaaten – Fest- oder Feierstunden zur Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 veranstalten?

89. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung die volle Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Staatsangehörigen der Beitrittsstaaten (EU-8-Staatsangehörige) mit einer Informationskampagne zu begleiten?

90. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Umsetzungsmaßnahmen hat die Bundesregierung zur Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Staatsangehörigen der Beitrittsstaaten (EU-8-Staatsangehörige) ergriffen?

91. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche politische Bedeutung misst die Bundesregierung der vollen Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Staatsangehörigen der Beitrittsstaaten (EU-8-Staatsangehörige) bei?

92. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit hat die Bundesregierung ergriffen, um die Akzeptanz der Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Staatsangehörigen der Beitrittsstaaten (EU-8-Staatsangehörige) zu stärken?

93. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Inwieweit wurden die UN-Behindertenrechtskonvention und die durch den Bund anstehenden Aufgaben zu deren Umsetzung bei der Aufstellung der Eckwerte für den Bundeshaushalt 2012 berücksichtigt?

94. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche Gründe gibt es für die nichtfristgerechte (Termin war der 26. März 2011) Vorlage des Staatenberichtes über die Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention und die dabei erzielten Fortschritte beim Generalsekretär der Vereinten Nationen (siehe Artikel 35 „Berichte der Vertragsstaaten“ der UN-Behindertenrechtskonvention), und welche Konsequenzen können sich daraus ergeben?

95. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem Vorwurf der Bundesagentur für Arbeit, mit der geplanten Streichung des halben Mehrwertsteuerpunktes würde die Arbeitslosenversicherung in ein massives Dauerdefizit getrieben, und wie viel mehr Geld hätte der Bundesagentur für Arbeit bzw. der Arbeitslosenversicherung in den letzten drei Jahren zur Verfügung gestanden, hätte der Bund auf den sogenannten Eingliederungsbeitrag verzichtet?

96. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie wird sich nach derzeitigen Schätzungen die Finanzlage bzw. das Defizit der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 entwickeln, legt man die derzeitige Finanzierungssituation inklusive der geplanten Streichung des halben Mehrwertsteuerpunktes zu Grunde, und wie würde sich die Finanzsituation entwickeln, würde der volle Mehrwertsteuerpunkt beibehalten und zugleich auf den Eingliederungsbeitrag verzichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

97. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

Treffen Medienberichte zu, wonach die EU-Grenzwerte für Fleisch- und Fischimporte aus Japan hinsichtlich des Anteils radioaktiver Substanzen durch die kurzfristige Veränderung der Verordnung (EU) Nr. 297/2011 vom 25. März 2011 mehr als verdoppelt wurden, und welche Begründungen sieht die Bundesregierung hierfür?

98. Abgeordneter **Klaus Barthel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang, und unterstützt sie die Heraufsetzung dieser Grenzwerte für die radioaktive Belastung von Lebensmitteln aus Japan?

99. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung das unterschiedliche Agieren des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bei den Verhandlungen um eine Regelung zum Klonfleisch auf EU-Ebene, das laut Berichterstattung maßgeblich zum Scheitern der Novelle der Novel-Food-Verordnung beigetragen hat?

100. Abgeordneter **Alexander Süßmair** (DIE LINKE.)

Wie positioniert sich das BMELV zur vor allem aus der Wissenschaft vorgebrachten Kritik am BMELV-Entwurf einer Verordnung über die Zulassung von Kontrollstellen nach dem Ökolandbaugsetz?

101. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung nach Erweiterung des Bundesprogrammes Ökologischer Landbau zu einem Bundesprogramm zur Förderung des Ökologischen Landbaus und anderer Formen der nachhaltigen Landwirtschaft (BÖLN) eine rechtsverbindliche Definition des Begriffs Nachhaltige Landwirtschaft, und welche Kriterien wird sie dafür heranziehen?

102. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die unter Jägerinnen und Jägern diskutierte Forderung in § 19 des Bundesjagdgesetzes das Verbot von Nachtsichtgeräten dahingehend zu lockern, dass diese in Gebieten mit nachweisbar hohen Wildschäden temporär eingesetzt werden könnten?

103. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen (z. B. im Jagd- oder Naturschutzrecht bzw. in der Agrarförderung) will die Bundesregierung ergreifen, um die weiterhin bestehenden hohen Wilddichten zu reduzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

104. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)	Treffen Berichte zu, wonach Thailand von der Bundeswehr ausgemusterte U-Boote der Klasse 206 importieren will, und wenn ja, hat die Bundesregierung hierzu die Genehmigung in die durch Krisen gekennzeichnete Region erteilt?
105. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)	In welchem Teil des Mittelmeeres wird sich die Bundeswehr nach dem überstürzten Abzug von deutschen maritimen Kräften aus der Operation Active Endeavour (OAE) wieder beteiligen, und wie will die Bundesregierung ausschließen, dass sich deutsche Kräfte weder direkt noch indirekt an den seeseitigen Maßnahmen zur Durchsetzung der UN-Resolutionen 1970 und 1973 beteiligen?
106. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Wie erklärt die Bundesregierung die Unterstellung der beiden Bundeswehrschiffe „Datteln“ und „Lübeck“ unter das Kommando der NATO-OAE vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bundesregierung die Schiffe „Berlin“, „Rheinland-Pfalz“ und „Brandenburg“ am 23. März 2011 aus OAE herauslöste und unter nationales Kommando stellte, mit dem Verweis, dass durch den Beschluss eines Operationsplans der NATO zur Durchsetzung des Waffenembargos exekutive Maßnahmen mit Zwangscharakter griffen, ab dieser Sekunde für diese Schiffe also eine Mandatspflicht bestünde, und wann legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag folglich ein Mandat für die Beteiligung der Schiffe „Datteln“ und „Lübeck“ an OAE vor?
107. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Welchen Auftrag haben die Schiffe „Datteln“ und „Lübeck“ unter OAE, und wie unterscheidet sich der Auftrag von dem der deutschen Schiffe, die bis vor kurzem unter OAE-Kommando standen („Berlin“, „Rheinland-Pfalz“ und „Brandenburg“)?
108. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)	Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, dass deutsche Luftwaffenoffiziere, die im NATO-Hauptquartier im türkischen Izmir tätig sind, nur mit Routineaufgaben befasst sind und sie dabei nicht in Arbeitsabläufe im Rahmen der NATO-Operation Unified Protector involviert sind?

109. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	In wie vielen Fällen weigerten sich Soldaten der Bundeswehr in den jeweiligen Monaten seit Februar 2010, in Afghanistan im Rahmen des „partnering“ mit afghanischen Soldaten in Einsätze zu ziehen, oder erhoben Einwände gegen „partnering“-Einsätze, und wie bewertet die Bundesregierung Zweifel an Sinn, Durchführbarkeit sowie Erfolgschancen des „partnering“ unter Berücksichtigung von Vorgängen, bei denen afghanische Soldaten ihre Waffen gegen NATO-Soldaten wie zuletzt gegen Soldaten der Bundeswehr richteten oder sich als unzuverlässig zeigten, indem sie gar nicht zu vereinbarten Einsätzen erschienen oder gar desertierten?
110. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)	Welche Formen der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr – insbesondere der Führungsakademie der Bundeswehr – und deutschen Stiftungen haben stattgefunden, die auf die Schaffung von Netzwerken bzw. Kontakten mit und unter hochrangigen westafrikanischen Militärs abzielten, und bei welchen Gelegenheiten hat die Bundesregierung bislang auf diese Netzwerke bzw. Kontakte zurückgegriffen?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 48.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333